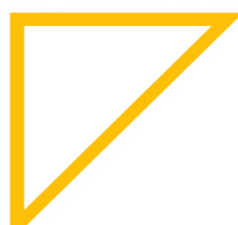


**Weil
Zukunft
jetzt
beginnt.**

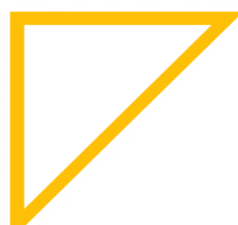
GRUNDSATZPROGRAMM

**DER POLITISCHEN
INITIATIVE „DIE ZUKUNFT“**



Inhaltsverzeichnis

Klima- und Umweltschutz	3
Justiz.....	4
Bildung.....	5
Wirtschaft	6
Außenpolitik	7
Soziales	7
Gesundheit und Pflege	8
Verteidigung	8
Digitalisierung.....	9
Migration	10
Sonstiges	10

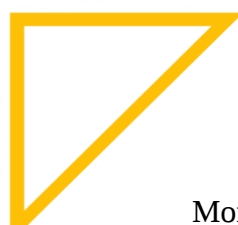


Stell dir vor, du lebst in einer Stadt, die grün, sauber und lebenswert ist, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft in Eintracht leben. In einem Land, das sich konsequent dafür einsetzt, dass für alle ein Leben möglich ist, das den Grundrechten entspricht, unabhängig vom Geldbeutel, den Eltern und deinem Herkunftsland. Ein Land, das sich auch innerhalb der internationalen Gemeinschaft für gerechten Frieden einsetzt und sich klar zu den Menschenrechten und demokratischen Werten bekennt, das klare Kante gegen autoritäre Staaten zeigt und andere Länder in ihrer Entwicklung unterstützt. Ein sicheres und friedliches Land, mit einer starken Wirtschaft, von der alle, von der Großmutter, über den Bankkaufmann, die alleinerziehende Mutter, bis zum Kleinkind profitieren, mit einem Rentensystem, in dem die Rente wirklich sicher und hoch genug für alle ist. Ein Land in einem Europa der Brüderlichkeit, das in allen wichtigen Fragen eng zusammenarbeitet, von Klimaschutz bis Verteidigung. Ein Europa in einer Welt, die gemeinsam und für alle handelt, in der die Umwelt zum Wohle aller geschützt wird, und in der es selbstverständlich ist, dass niemand mehr wert ist als andere.

Wege, die du bewältigen musst, fährst du sicher mit dem Fahrrad, dem Elektro-Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln, die für dich locker erschwinglich sind. Die Schule oder Uni, in die du oder deine Kinder gehen, ist ein Ort der Begegnung zwischen allen Beteiligten, an dem für alle wichtige Themen gelehrt werden und du gut auf dein Leben vorbereitet wirst.

Klima- und Umweltschutz

Wir als politische Initiative “Die Zukunft” setzen uns für die Einhaltung der Klimaziele und Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 ein. Um das zu erreichen, wollen wir ein allgemeines Tempolimit von 130km/h einführen, da so der CO₂-Ausstoß und die Feinstaub-belastung verringert, aber auch die Verkehrssicherheit erhöht werden. Ein weiteres Mittel ist die Einführung von Umweltzonen in Städten, die nur von klimafreundlichen Fahrzeugen befahren werden dürfen. Zudem wollen wir die Forschung an E-Autos und Kfz mit anderen klimafreundlichen Antrieben fördern und die dazu nötige Infrastruktur ausbauen. Wir setzen uns auch für ein Produktions- und Neuzulassungsverbot von Verbrennern ein, und erheben Pauschalen bei Durchfahrten von Fahrzeugen mit Verbrennermotor. Als Ersatz für den Individualverkehr müssen die öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere der ÖPNV stark ausgebaut werden. Dazu muss der Deutsche-Bahn-Konzern in zwei Teile, nämlich Schienen- und Verkehrsgesellschaft, gespalten werden, um Ausbau und Funktion der Bahn gewährleisten zu können. Als Anreiz zur Nutzung wollen wir das Deutschland-Ticket mit 25€ im

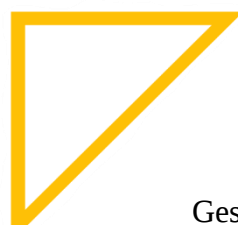


Monat für alle erschwinglich machen, und es für SchülerInnen, StudentInnen, Azubis und Senioren sogar ganz kostenlos anbieten. Ein weiterer wichtiger Faktor für den Klimaschutz ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien, v.a. Wind- und Sonnenenergie, aber auch z.B. Wellen- und Gezeitenkraftwerke, den wir mit Förderungen und Bürokratieabbau stark voranbringen wollen. Als zusätzlichen Anreiz zur Verringerung des CO₂-Fußabdrucks werden wir die schon bestehende CO₂-Steuer erhöhen, um so als Vorbild für andere Länder vorangehen zu können. Um die Klimabelastung durch das Heizen zu verringern, wollen wir ab 2035 den Neueinbau von Heizungen mit fossilen Brennstoffen wie Gas und Öl verbieten, dabei aber auch den Ausbau von weiteren Heizungstypen je nach Vermögen bezuschussen.

Der politischen Initiative “Die Zukunft” ist auch der Umweltschutz sehr wichtig. Wir wollen diesen vorantreiben, indem wir die Ausweisung von zusätzlichen Naturschutzgebieten, Nationalparks und Biosphärenreservaten deutlich erleichtern. Um unseren Planeten für den Klimawandel zu wappnen, werden wir Aufforstungsprojekte mit heimischen Arten vor allem in Deutschland, aber auch auf der ganzen Welt unterstützen. Auch die präventive Überwachung illegaler Abholzung wollen wir fördern. Außerdem gehen wir gegen Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch vor: Wir werden zusätzliche Anreize zum Recycling schaffen und das Pfand-System erweitern. Zudem muss Einweg-Plastik besteuert werden, sodass die Mehrzahl der Produkte beim Konsum in wiederverwendbaren Verpackungen angeboten werden, allerdings soll auch die Forschung zu besseren Plastik-Alternativen unterstützt werden. Eine weitere Maßnahme ist die Einführung einer Pflicht für Supermärkte zum Spenden unverkäuflicher Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen, womit auch auf andere Weise davon profitiert werden kann.

Justiz

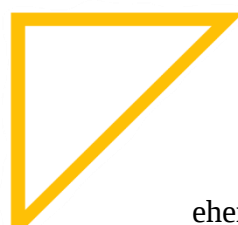
Unsere politische Initiative setzt sich für eine Reihe von Gesetzesänderungen in Bezug auf die Justiz ein, um ein Justizsystem zu erreichen, das unsere Grundrechte schützt und die Gesellschaft bewahrt: Da es in der jetzigen Zeit viele Probleme mit dem Gerichtswesen gibt, unterstützen wir eine Reform des Justizsystems, um mehr Personal an Gerichten und in Gefängnissen bereitzustellen. Um einheitliche Strafen bei gleichen Verbrechen zu garantieren, wollen wir europaweite Strafstandards einführen. Im Zuge dessen werden wir die Befugnisse von Europol stärken, also ein Exekutivrecht einführen, und unabhängige Regionalbüros eröffnen, weil wir internationale Verbrechen stärker bekämpfen wollen. Wir werden den europäischen Haftbefehl ausbauen und bessere Durchsetzungsmöglichkeiten schaffen. Dabei soll auch europaweit ein verbessertes Zeugenschutzprogramm entstehen, wobei auch sog. Whistleblower konkret geschützt werden. Im häufigen Fall, dass Menschen im Gefängnis sitzen, weil sie eine Strafe nicht bezahlt haben, soll das Strafmaß auf Sozialstunden verändert werden, um die Justizvollzugsanstalten zu entlasten. Zum Schutz vor Extremismus sollen die Extremismus-Datenbanken in den Mitgliedsstaaten der EU verknüpft und präventiv



Gesichtserkennung bei großen Massenveranstaltungen eingesetzt werden, wobei selbstverständlich der Datenschutz geachtet wird. Die aktuelle europäische Grenzschutzagentur Frontex und die nationalen Grenzschutzbehörden wollen wir durch eine reformierte europäische Grenzschutzbehörde ersetzen, die für alle Grenzen der EU zuständig ist. Ein weiterer wichtiger Punkt in der europäischen Zusammenarbeit ist für uns die Einführung eines gemeinsamen europäischen Geheimdienstes und Sicherheits-netzwerkes. Dazu wollen wir auch den Bundesnachrichtendienst (BND) mit einer Reformierung und mehr Befugnissen stärken. Durch eine bessere Zusammenarbeit mit den Spezialkräften von Bundeswehr und Polizei (KSK, GSG9, SEK, ...) und dem militärischen Abschirmdienst (MAD) soll der BND zu einem aktiven Geheimdienst werden. Außerdem muss der Verfassungsschutz reformiert werden und sich mit anderen Inlandsgeheimdiensten verknüpfen, um stark für unsere Verfassung eintreten und Hinweise aus dem Ausland besser nutzen zu können. Auch andere Behörden wollen wir zum einen untereinander, aber auch international stärker verknüpfen. Die Verbrechensaufklärung muss transparenter werden, auch etwa durch Bodycams im Dienst deutscher Polizisten, um sich gegen Missstände in der Justiz versichern zu können. Der Initiative “Die Zukunft” ist es außerdem ein großes Anliegen, die Bürokratie, die aus der aktuellen Gesetzeslage resultiert, zu verringern, sodass das Leben vieler Deutscher einfacher wird. Zudem soll die UN-Kinderrechtskonvention in der Verfassung verankert werden. Wir befürworten die härtere Bestrafung von Gewalt- und Sexualdelikten, sodass die Rechte der Opfer im Mittelpunkt stehen. Schwangerschafts-abbrüche müssen leichter und straffrei zur Verfügung stehen, um die Selbstbestimmung der Schwangeren zu gewährleisten. Auch in der Politik besteht Änderungsbedarf: Parteispenden sollen gedeckelt werden und ab einer Höhe von 2000€ meldepflichtig sein. Einflussnahme durch Lobbyismus soll stark verringert und vollständige Lobbytransparenz verwirklicht werden.

Bildung

Für die politische Initiative “Die Zukunft” ist Bildung ein Herzensanliegen, da dieses Thema wesentlich zur Sicherung unserer Zukunft beiträgt. Dabei befürworten wir einen bundesweit einheitlichen Lehrplan, da so überall ein hoher Standard gewährleistet werden kann. Aber auch in anderen Punkten ist eine Umstrukturierung des deutschen Bildungssystems nötig: Wir wollen politische Bildung als Pflichtfach ab der siebten Klasse stärker im Lehrplan verankern, um die Lernenden gut auf ihre Zukunft als mündige deutsche Bürger vorzu-bereiten. Auch vermehrte Beschäftigung mit unserer Verfassung im Unterricht soll den SchülerInnen die Demokratie näherbringen. Zudem soll statt verschiedener Religions-unterrichte ein einheitlicher Ethikunterricht für alle eingeführt werden, mit der Möglichkeit auf ein Wahlfach Religion. Das zusätzliche Fach Finanzen, das wir einführen wollen, soll mit 0,5 Stunden pro Woche ab der achten Klasse die wirtschaftliche Kompetenz der Lernenden fördern. Außerdem ist ein Pflichtbesuch von Institutionen, wie Synagogen und Moscheen, aber natürlich auch

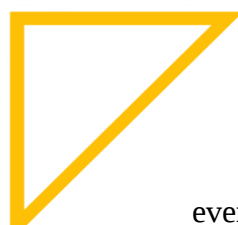


ehemaligen Konzentrationslagern, vorgesehen. Eine tiefgreifendere Änderung stellt die Umstellung auf Wortzeugnisse bis zur neunten Klasse dar, die wir fordern. Zudem soll in kreativen Fächern, also Musik, Sport und Kunst, die Bewertung nicht auf Leistung, sondern auf Bemühungen vergeben werden. Um die Gerechtigkeit des bestehenden Notensystems zu verbessern, soll die Notenvergabe möglichst anonym ablaufen und das jetzige Oberstufenpunktesystem auch schon in früheren Klassenstufen eingeführt werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist mehr psychologische Betreuung für die SchülerInnen, die in der heutigen Zeit umso dringlicher ist. Um Kinder von MigrantInnen gut in die Gesellschaft einbinden zu können, müssen zusätzliche Integrationsklassen aufgebaut werden, die mit der Zeit dann in die anderen Klassen überführt werden.

Wirtschaft

Als wichtigster Punkt der Wirtschaftspolitik bei der Initiative “Die Zukunft” ist die deutliche Lockerung der Schuldenbremse vorgesehen, um mit dieser Maßnahme durch höhere staatliche Investitionen Innovation und Reformen in der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen. Dazu soll auch die Marke “Made in Germany” unterstützt werden, indem z.B. der Strompreis subventioniert wird. Damit Deutschland auch in Zukunft wirtschaftlich stark bleiben kann, wollen wir finanzielle Anreize setzen, sodass Unternehmen vorrangig moderne Technologien verwenden und Waren produzieren, die auch in der Zukunft noch nachgefragt sein werden. Auch ein starker Bürokratieabbau ist zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage notwendig. Außerdem sollen Start-Ups durch Gründungsstipendien gefördert werden. Ein weiterer Punkt ist die Optimierung der Logistik, indem etwa automatisierte Systeme gefördert werden, mit denen die deutsche Wirtschaft aber auch in anderen Bereichen auf den Stand der Zeit gebracht werden soll. Es sollen zudem Anreize zur Stärkung der lokalen Wirtschaft gesetzt werden, um unsere Innenstädte wieder lebendiger zu machen. Auf Waren aus autoritären Staaten, wie China oder Russland, wollen wir Einfuhrzölle erheben. Mit dem Zweck, die deutsche Wirtschaft, speziell im Bereich Agrar, umwelt- und klimafreundlicher zu gestalten, sollen die von der EU bereitgestellten Subventionen nach den ökologischen Standards statt nach der Fläche vergeben werden. Außerdem soll der Preis von Fair-Trade- und Bio-Lebensmitteln durch Förderungen gesenkt, und so für alle erschwinglich gemacht werden. Auch allgemein wollen wir strengere Richtlinien und staatlich kontrollierte Siegel einführen, um eine hohe Qualität und Umweltverträglichkeit garantieren zu können, sowie neue Handelsabkommen mit Augenmerk auf soziale und ökologische Standards schließen. Zur Schonung der Ressourcen unseres Planeten sollen in Bezug auf den Online-Handel Rücksendungen kostenpflichtig werden, es soll aber auch generell Zuschüsse auf Reparaturen statt Neuanschaffungen geben.

“Die Zukunft” will zudem einige Steuern reformieren bzw. neu einführen: Es soll eine progressive Vermögenssteuer von anfangs 2,5% mit einem Freibetrag von 1.000.000 € eingeführt werden. Außerdem wollen wir den Staat mit einer Gewinnüberschusssteuer an



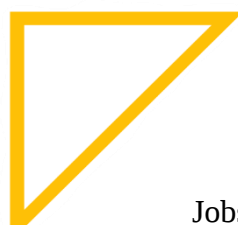
eventuellen Profiten durch eine Krise teilhaben lassen. Generell sollen mehr Steuern progressiv gestaltet werden, um die Steuerlast gerechter zu verteilen. Der Steuerfreibetrag der Kapitalertragssteuer soll erhöht werden, sodass Klein- und Mittelsparer entlastet werden, darüber der Satz jedoch progressiv erhöht werden. Zur Verringerung der Bürokratie sollen mehr Steuern vereinheitlicht werden, so z.B. die Steuern auf einzelne Drogen zu einer gesamten Drogensteuer zusammengefasst werden. Außerdem soll auf Grundnahrungsmittel sowie notwendige Hygieneprodukte keine Mehrwertsteuer entfallen.

Außenpolitik

Wir als politische Initiative “Die Zukunft” sprechen uns klar für eine Weiterführung und Verstärkung der deutschen militärischen Unterstützung für die Ukraine aus, wobei vorrangig defensive, aber auch offensive Waffen geliefert werden sollen. Deutschland soll, gemeinsam mit der EU, auch weiterhin und wenn möglich stärker, autoritäre Staaten wie Russland, Belarus, die Türkei und den Iran sanktionieren und auch politischen Druck ausüben. Auch bestehende Waffenlieferungen an Unrechtsstaaten sollen gestoppt werden. Im Zuge dessen wollen wir v.a. auf den Verkauf von defensiven Waffen an Länder wie Israel setzen. Außerdem müssen Abhängigkeiten von Staaten wie China im wirtschaftlichen und militärischen Bereich verringert werden. Um europäisches Recht besser durchzusetzen, sollte Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof Anklage gegen Länder wie Ungarn und Polen erheben, die erheblich gegen europäische Rechtsgrundlagen verstoßen. Als Reaktion auf teilweise gefährliche Bedingungen auf internationale Handelsrouten, v.a. auf See, setzen wir uns dafür ein, dass diese unter der Beteiligung der deutschen Marine besser geschützt werden. Die politische Initiative “Die Zukunft” steht für die Weiterführung und Ausweitung der Entwicklungshilfen, um globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel gemeinsam besser begegnen zu können. Auch humanitäre Hilfe ist ein wichtiger Punkt in der internationalen Zusammenarbeit, der ausgebaut werden muss.

Soziales

Als wichtiges Mittel um soziale Gerechtigkeit herzustellen, befürwortet die politische Initiative “Die Zukunft” die Einführung einer Vermögenssteuer von 2,5%, wie unter “Wirtschaft” beschrieben. Auch die Erbschafts- und Kapitalertragssteuer soll erhöht werden. Dabei wollen wir den Steuerfreibetrag zur Entlastung der Mittelschicht anheben. Zudem soll es keine Beitragsbemessungsgrenze geben. Zum finanziellen Ausgleich gehört auch die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs und des Ehegattensplittings. Da die Höhe des aktuellen Bürgergelds unter dem Existenzminimum liegt, muss dieses auf mindestens 800€ erhöht werden. Bei der



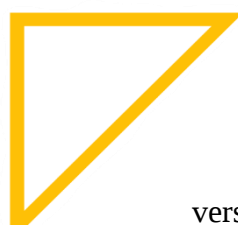
Jobsuche als Arbeitslose:r wollen wir die Grenze der Zumutbarkeit eines Jobs verringern. Generell sollen Sozialleistungen automatisch der Inflation angepasst werden. Auch der Mindestlohn muss auf 15€ pro Stunde und später entsprechend der Inflation nach und nach weiter angehoben werden.

Gesundheit und Pflege

Um keine Zweiklassenmedizin zu etablieren, will die politische Initiative “Die Zukunft” die privaten Krankenkassen abschaffen und in die gesetzliche Krankenversicherung integrieren. Es soll eine Umstrukturierung des Gesundheitsbereichs geben, wobei der Fokus statt auf Symptombekämpfung auf der Prävention liegen soll. Im Zuge dessen wollen wir die Anfahrtszeiten von Rettungsdiensten minimieren, indem die Versorgung v.a. in Ballungsgebieten, aber natürlich auch auf dem Land ausgebaut werden soll. Pflegeberufe müssen besser bezahlt werden, um den Job attraktiver zu machen und so den Fachkräftemangel einzudämmen. Zum besseren Schutz vor möglichen Risiken der Wirkstoffe, aber auch vor Engpässen soll die Pharma-Industrie stärker kontrolliert und vermehrt in Deutschland angesiedelt werden. Ein weiterer Punkt ist die Förderung von Suchtzentren und -therapien, bei denen Drogenabhängige fachgerecht unterstützt werden. Ein sehr wichtiges Thema, das in Deutschland viele betrifft, ist die Sicherung der Rente. Diese wollen wir bewerkstelligen, indem die Beiträge in einem Fonds verwaltet werden. Auch die BeamtInnen wollen wir in das allgemeine Rentensystem einbeziehen und die aktuellen Zuschüsse zu den Pensionen allen Rentenempfangenden zugutekommen lassen.

Verteidigung

In der aktuellen Zeit, in der Europa immer mehr ins Zentrum internationaler Krisen gerät, ist es uns als politische Initiative “Die Zukunft” besonders wichtig, über eine gut funktionierende Verteidigung zu verfügen. Dazu wollen wir die Bundeswehr mit einer Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 3% des Bruttoinlandprodukts erheblich stärken und wieder verteidigungstüchtig werden lassen, was durch Sondervermögen bewerkstelligt werden kann. Auch ein extremer Bürokratieabbau ist wichtig, um das Heer handlungsfähig zu machen. Für mehr Personal soll die Attraktivität der Bundeswehr, besonders auch für Frauen und Diverse, gesteigert und das Reservistensystem gestärkt werden. Außerdem wollen wir die Bundeswehr mit geförderter Forschung zu modernen Waffensystemen modernisieren und digitalisieren, um sie für aktuelle Bedrohungssituationen, auch im Cyberspace, zu wappnen. Bezüglich darauf muss auch kritische Infrastruktur, speziell auch digital, etwa mit zusätzlichen Einheiten dafür,



verstärkt geschützt werden. Wichtig ist zu diesem Thema zudem eine verstärkte Zusammenarbeit der Europäischen Union in Verteidigungsfragen, wie etwa mit gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekten. Da es in Europa einen Flickenteppich aus Waffensystemen gibt, müssen diese vereinheitlicht und die Standards harmonisiert werden. Auch die NATO soll ihre Präsenz mit zusätzlichen Stellungen an der Ostflanke erhöhen, wobei Deutschland mehr Truppenkontingente an der NATO Respond Force stellen sollte. Zur internationalen Zusammenarbeit gehört auch, dass auf militärischer Ebene bessere Frühwarnsysteme aufgebaut werden, ebenso wie zusätzliche militärische Satelliten zur Kommunikation und Überwachung. Um einen verbesserten Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, muss der Ausbau von Schutzbunkern oder ähnlichem stark beschleunigt werden. Außerdem sollten Evakuierungspläne und Vorräte für eventuelle Krisenfälle angelegt werden.

Digitalisierung

Um uns stark für die Zukunft aufzustellen, spricht sich die Initiative “Die Zukunft” für ein Vorantreiben der Digitalisierung aus. Europa muss bezüglich der Informationstechnik mit den großen Playern, wie die USA oder China, mithalten können. Wichtig ist besonders die Digitalisierung der Verwaltung, indem mehr Anträge und Formulare digital verarbeitet und so Faxgeräte immer mehr reduziert werden. Dazu sollen außerdem Pass- und Ausweis-dokumente in digitaler Form möglich sein. Im Zuge dessen muss die Präsenz deutscher und europäischer Behörden im Internet, wie CIR, BND und Abschirmdienst, z.B. mit einem neuen Cyberabwehrkommando, deutlich verstärkt werden. Auch andere Bereiche müssen digitalisiert werden: Wir wollen die Digitalisierung von Schulen fördern und vermehrt digitale Lernplattformen einrichten. Im Gesundheitswesen soll eine europaweite elektronische Patientenakte eingeführt werden. Rezepte sollen auch digital ausgestellt werden können und verstärkt Telemedizin praktiziert werden. Künstliche Intelligenz kann bei der Diagnose und Behandlung helfen und diese sicherer machen. Wichtig ist auch die Ermöglichung von Homeoffice in möglichst allen Branchen. In Bezug auf den Verkehr soll es ein einheitliches digitales Ticket für alle Verkehrsstrecken und -mittel geben. Wir wollen auch autonome Verkehrsmittel und Drohnenzustellungen fördern, um technisch auf dem Stand der Zeit zu bleiben. Auch im Naturschutz kann Digitales hilfreich sein, indem die Umwelt und die Zerstörung der Umwelt durch Sensoren überwacht und Daten gesammelt werden. Um alle diese Konzepte umsetzen zu können, wird jedoch ein flächendeckendes Netz guten Internets benötigt, das wir bereitstellen, indem wir Telekommunikationsanbieter dazu verpflichten, dieses Netz zu liefern oder Strafe zu zahlen. Allerdings bietet die digitale Welt auch Risiken, z.B. im Bereich der künstlichen Intelligenz. Eine gemeinsame europäische Richtlinie zur Maßregelung soll diese minimieren. Ein weiteres potenzielles Problem im Cyberspace sind die Sozialen Netzwerke, für die strengere Richtlinien und Kontrollen benötigt werden.

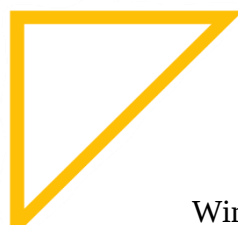


Migration

Ein Thema, das momentan kontrovers diskutiert wird und einer dringenden Lösung bedarf, ist die Migration. Dabei soll die Einbürgerung eines Flüchtlings wie folgt ablaufen: Nach der Stellung eines Asylantrags soll dieser deutlich schneller als bisher üblich bearbeitet werden. Im Fall der Bewilligung wird der:die Antragsteller:in an Integrationskursen teilnehmen und diese in einem Test zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft abschließen, wobei aber die Schwierigkeit, insbesondere das Sprechreferenzniveau, auf ein zur Realität passendes Level gesenkt wird. In der Zeit während der Kurse erhalten die Asylbeantragenden das Bürgergeld. Sollte der Asylantrag abgelehnt werden, werden die Migranten wie Einwandernde behandelt und nehmen in der sog. Einführungszeit von 1,5 Jahren ebenso wie andere Zuwandernde an Integrationskursen teil, nach der sie eingebürgert werden. Im Fall, dass die Integrationskurse nicht erfolgreich bestanden werden, folgt darauf externe Hilfe, um auch diesen Personen die Integration zu ermöglichen. Um die deutsche Staatsbürgerschaft attraktiver zu machen und den Aufbau einer neuen Existenz zu erleichtern, wollen wir die Einwandernde in der ersten Zeit durch Steuererleichterungen o.ä. entlasten. Falls innerhalb der Einführungszeit ein Verbrechen verübt wird, soll der:die Einwandernde regulär nach deutschem Strafrecht bestraft werden und nach einem möglichen Gefängnisaufenthalt die Integration von neuem durchlaufen. Sollte der unrealistische Fall eintreten, dass mehrere Verbrechen verübt werden, können Abschiebungen in solchen Extremfällen leider nicht ausgeschlossen werden, wenn auch nach der Rückführung die Bestrafung vollzogen wird. Ansonsten sind keine Abschiebungen nach dieser grundlegenden Reform vorgesehen. Im Zuge dessen soll der Aufenthaltsstatus “Duldung” für mehr Sicherheit im Leben der Migrant:innen abgeschafft werden. Außerdem müssen neu ins Land gekommene nach ihrer Aufnahme sofort das Recht erhalten, zu arbeiten. Da die Migration europaweit ein wichtiges Thema ist, befürworten wir als Initiative “Die Zukunft” eine einheitliche Regelung der europäischen Migrationspolitik und Verteilung der über das Mittelmeer kommenden Flüchtlinge. Dazu soll auch die Seenotrettung besser organisiert werden. Um die Übersicht über die europäische Migration zu behalten, wollen wir außerdem für die Dauer der Einführungszeit ein Migrationsregister einführen.

Sonstiges

Wir als politische Initiative “Die Zukunft” unterstützen die Forderung nach einer genauen Prüfung der Verfassungswidrigkeit und eventuellem Verbot der Partei “Alternative für Deutschland” (AfD) durch den Verfassungsschutz. Generell sollten radikale Parteien stärker unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Zum Schutz der inneren Sicherheit sollten auch die Organisationen “Islam Interaktiv” und “Graue Wölfe” in Deutschland verboten werden.



Wir befürworten die verpflichtende Einführung von paritätischen Wahllisten bei allen Wahlen, um Geschlechtergerechtigkeit sicherzustellen. Auch in staatlichen Organisationen und wirtschaftlichen Betrieben soll im Vorstand eine Frauenquote vorgeschrieben sein.

Die kurdische Arbeiterpartei PKK sollte durch die Europäische Union neu bewertet werden.

Um die Wichtigkeit der Themen Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie und Freiheit zu betonen, sollen folgende Tage zu Feiertagen erklärt werden: 08.03 (Weltfrauentag), 08.05 (Befreiung von den Nationalsozialisten), 17.06 (Aufstand in der ehem. DDR)